



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Umladehallen am Nürnberger Südbahnhof – Landtag missbilligt Abriss

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt den Abriss der Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof. Weiterhin missbilligt der Landtag die Absichtserklärung der Staatsregierung, das Grundstück nur dann zu übernehmen, wenn die Hallen abgebrochen wurden. Im Zuge der weiteren Verhandlungen um die neue Universität Nürnberg soll die Staatsregierung vermeiden, weitere historisch oder architekturgeschichtlich relevanten Gebäude ohne vorheriges Benehmen mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zu zerstören.

Für das Areal soll ein sinnvolles städtebauliches Konzept erarbeitet werden. Die Staatsregierung möge dabei den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bei den architektonischen bzw. städtebaulichen Planungen zur neuen Universität mit einbeziehen.

Begründung:

Im Zuge des Baus der neuen Universität Nürnberg plant die Staatsregierung im Nürnberger Süden auf dem Gelände des ehemaligen Südbahnhofs den Ankauf einer Fläche zur Einrichtung der neuen Universität von der Aurelis Real Estate GmbH.

In ihrer Antwort auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Verena Osgyan aus der 20. KW (Drs. 17/22210) legte die Staatsregierung dar, es gebe „zwischen den Beteiligten [...] Einvernehmen, dass Besitz, Nutzen und Lasten am Grundstück erst nach Beräumung der baulichen Anlagen, einschließlich der Umladehallen, durch den Verkäufer auf den Freistaat Bayern übergehen.“ Dieser Entschluss ist voreilig und stellt die Städteplanung im Nürnberger Süden vor vollendete Tatsachen.

Am 13.06.2018 nun veröffentlichte der bisherige Grundstückseigentümer auf seiner Homepage eine Pressemitteilung, laut der mit dem Abbruch der Umladehallen bereits begonnen werde. Inzwischen sind die Abbrucharbeiten weitgehend beendet. Hier ist bereits ein unwiederbringlicher Schaden entstanden. Die Staatsregierung soll sich daher zumindest in Zukunft dafür einsetzen, dass für den Bau der neuen Landesuniversität das Nürnberger Stadtbild nicht weiter zerstört wird.

Fakt ist, dass es sich bei den Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof um ein herausragendes Beispiel der Industriearchitektur des 20. Jahrhunderts handelte. Initiativen vor Ort hatten konkrete Vorschläge gemacht, wie die Hallen erhalten und in den Bau einer neuen Universität und die Stadtentwicklung dieses Gebiets insgesamt integriert werden hätten können.

Die Staatsregierung darf nicht weiter unter vorgehaltener Hand vollendete Tatsachen schaffen, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Stattdessen sollten städtebauliche Erwägungen, Initiativen vor Ort und vonseiten des Landtags der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst eng in die Entwicklung der Flächen eingebunden werden, wie das auch bei Vorhaben zu großen Konzertsälen und ähnlichen Vorhaben bereits geschehen ist.